



EIN NICHT ENDEN WOLLENDER WAHSINN

Alles Neue macht der Mai – wann ist die Maskenpflicht vorbei?

Von EUGEN PRINZ | Geht es Ihnen auch so? Die Zeit, als man noch ohne „Mund-Nasen-Schutz“ in einen Laden durfte, die Samstagabende in rappendvollen Lokalen verbrachte, in Biergärten dicht an dicht gedrängt saß und sich im überlaufenen Volksfest zwischen zwei Freunde klemmte und das Brathähnchen mit einer Maß runterspülte, erscheinen wie ein unwirklicher, schöner Traum aus einer anderen Realität.

Der Merkel-Pfad: Von der Demokratie in die Demokatur

Einerseits schleichend, aber irgendwie doch in einem atemberaubenden Tempo, entwickelte sich unsere Demokratie in der letzten Dekade immer mehr zu einer EUdSSR-Demokatur, in der schadensträchtige Beschlüsse gefasst werden und Bestimmungen und Vorschriften zunehmend nur noch für die Untertanen gelten. Für die einen mehr, für die anderen weniger, ganz nach Durchsetzbarkeit.

Inzwischen sind wir soweit, dass ein höchstrichterliches Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein [Vertragsverletzungsverfahren](#) der EU nach sich ziehen könnte.

Kein Vergleich mehr zur früheren Politiker-Generation

Eine Negativ-Auslese hat zusammen mit einer Riege von Ideologen auch ein gerüttelt Maß an Idioten in führende Staatsämter gespült, die eine Fehlentscheidung nach der anderen treffen. Wenn sie dann offenkundig wird, beharrt man stur auf deren Fortführung, um keine Fehler zugeben zu müssen. Dabei wird weiterer Schaden für Land und Leute skrupellos in Kauf genommen.

Das ganze manifestiert sich gegenwärtig unübersehbar in der Corona-Krise und insbesondere im Corona-Leak. Wie von Anfang an vorausgesehen und vorausgesagt, werden die hierzulande moderaten Infektionsraten und Sterbefälle auf das „geniale Regierungshandeln“ zurückgeführt, obwohl erwiesen ist, dass das Infektionsgeschehen bereits bei Verhängung des Shutdowns rückläufig war und Schweden ohne Shutdown deutlich besser gefahren ist, als viele andere europäische Länder.

Nur nichts zugeben!

Auch jetzt, da eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass der Shutdown auf längere Sicht mehr Todesopfer fordern wird, als das Virus, ist man nicht einmal bereit, die Schadensanalyse aus dem Bundesinnenministerium einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Das Papier sei durch einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Bestimmungen zustande gekommen.

Na und?

Und ist das wirklich der Grund für die Ignoranz? Oder hat man Angst vor der Analyse, weil sie die gravierenden Fehlentscheidungen der Regierung aufdeckt?

Wohl eher letzteres. Und so werden weitere Opfer in Kauf genommen, indem man den Shutdown so lange hinauszögert, bis ein Corona-Impfstoff durch eine Larifari-Prüfung gegangen ist und der Bevölkerung auf deren eigenes Risiko, aber kaum mit Wahlmöglichkeit, massenweise verpasst werden kann.



Corinna Miazgas Corona-Lagebeschreibung Deutschlands

„Alles Neue macht der Mai“ titelt die bayerische AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga, die mit uns in diesem Boot sitzt, in ihrem aktuellen YouTube-Video zur Corona-Krise. Sie liefert mit diesem Clip eine scharfsinnige Zustandsbeschreibung unseres Landes, eines Landes in einem ebenso unwirklichem, wie unsinnigen Ausnahmezustand, ab.

Trotz Corona – Der Moloch Brüssel schläft nicht

Daneben hat Miazga noch einen Sitz im Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und versucht dort, gegen die zunehmende Bevormundung der Mitgliedsstaaten durch Brüssel anzukämpfen.

In ihrer Rede vom 14. Mai im Deutschen Bundestag zum Antrag der FDP-Fraktion „Für eine europäische Grundwerteinitiative“ und dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Für wehrhafte Demokratien in Europa – Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in den Mitgliedsländern der EU stärken“ geißelt sie das Bestreben, in Brüssel eine Rechtsaufsicht zu etablieren, die die Politik der EU-Mitgliedsstaaten überwacht.

Eine wirklich gute Rede, in der sie sich auch von den erbosten

Zwischenrufen aus den Reihen der Altparteien nicht aus dem Konzept bringen lässt. Sehen Sie selbst:



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» [Twitter Account des Autors](#)

» [Spende an den Autor](#)



Corinna Miazga – der verbale Güterzug donnert in Reihen der FDP

Von EUGEN PRINZ | Die FDP möchte eine europäische Agentur zum Schutz der Demokratie und ein Netzwerk unabhängiger Faktenchecker. Außerdem soll der Bundestag feststellen, dass die AfD vor Strafzahlungen wegen illegaler Parteienfinanzierung steht. Dabei ist das letzte Wort in der Sache nicht gesprochen: ob und was Parteispenden waren und was davon illegal ist. Die FDP jedenfalls durfte selbst in Sachen Parteienfinanzierung schon vor Gericht und hat am Ende im Fall „Möllemann“ über vier Millionen Euro zahlen müssen. DAS ist Fakt! Der Rest nicht.

Nachdem die AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga im Ausschuss für europäische Angelegenheiten sitzt, fiel es in ihren Zuständigkeitsbereich, für die AfD am Freitag auf den FDP-Antrag zu antworten. Obwohl es erst ihre zweite Rede im deutschen Bundestag war, absolvierte Miazga ihren Auftritt, als wäre das ihr täglich Brot. Die FDP hätte es mit Gottfried Curio nicht schlimmer erwischen können, angesichts des verbalen Gewitters, das Miazga auf die „Liberalen“ niederprasseln ließ. Wie ein Güterzug fuhr sie in deren Reihen und zermalmt Stück für Stück die in dem Antrag vorgebrachten Argumente für ein „Wahrheitsministerium“.

Fürwahr, es ist wirklich die Elite der AfD, die im deutschen

Bundestag sitzt, und so soll es auch sein. Wenn bei dieser Partei eine vergleichsweise hohe Personalqualität hinunter bis in die Kreisebene vorhanden wäre, dann bräuchte man sich um die Zukunft Deutschlands keine Sorgen mehr zu machen.

Klicken Sie auf das Video, lehnen Sie sich entspannt zurück und genießen Sie ein Kontrastprogramm zu den erbärmlichen Talkshows im zwangsfinanzierten Erziehungsfernsehen.



Jungfernrede von Corinna Miazga im Bundestag

Von EUGEN PRINZ | Während der Landtag in Brandenburg beschlossen hat, bei künftigen Wahlen eine Frauenquote von 50 Prozent einzuführen, hat die AfD solche Mätzchen nicht nötig. Die Powerfrauen dieser Partei sind aus eigener Kraft in herausgehobene Positionen gelangt und nicht mit einer Quoten-Krücke dorthin gehumpelt.

Wie zum Beispiel die Straubinger AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga, ein rhetorisches Naturtalent, das inzwischen durch reichlich Übung zur Perfektion gelangt ist.

Es gibt nicht so viele Debatten, die speziell ihren Fachbereich als Mitglied des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten betreffen, deshalb war ihre Rede vom 31. Januar gleichzeitig auch ihre „Jungfernrede“ im Deutschen

Bundestag.

Miazga nimmt Antrag der Grünen auf „Wahrheitsministerium“ ins Visier

Gegenstand der Debatte war ein Antrag jener Partei, in der sich zwei Personen einen Schulabschluß teilen, also der Grünen. Sie fordern eine „unabhängige Rechtsstaatskommission“, die alle Mitgliedsstaaten regelmäßig überprüft. Einen EU-Big Brother gewissermaßen. Und ein Wahrheitsministerin nach Orwell'schem Vorbild gleich mit dazu. Nur heißt es bei denen ein wenig anders, nämlich „Kommissions-Arbeitsgruppe für strategische Kommunikation“.

Aber lassen Sie es sich von den Grünen selbst erklären. Sie waren so freundlich, ihren Antrag mit sieben Seiten voller begnadeter Einfälle für den Autor [kurz zusammenzufassen](#), damit ihm diese mühselige Arbeit erspart bleibt. Hier ist also deren Weisheit letzter Schluß:

Wir (Anm. des Autors: Die Grünen) fordern deshalb in unserem Antrag [„Für eine wehrhafte Demokratie in Europa – Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in den Mitgliedstaaten der EU stärken“](#) eine neue unabhängige Rechtsstaatskommission, die alle Mitgliedstaaten regelmäßig überprüft. Bei Demokratie und Rechtsstaatsverletzungen sollen EU-Gelder storniert und in Demokratie-Programme umgeleitet und direkt an Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure vergeben werden. Zudem wollen wir, dass Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Desinformation und Falschnachrichten sollen durch EU-weite Netzwerke für Faktenchecks und den Ausbau der Kommissions-Arbeitsgruppe für strategische Kommunikation bekämpft werden.

Was der Autor in dem Antrag noch vermisst hat, sind Umerziehungslager für politisch Andersgläubige. Die kommen wohl erst im nächsten.

Corinna Miazga wusste jedenfalls die richtige Antwort auf das Ansinnen der Grünen und fuhr wie ein verbaler Güterzug in die Reihen jener, die von bösen Zungen als „[Kinderschänderpartei](#)“ bezeichnet werden. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen, die ausgerechnet an diesem Tag den Vorsitz hatte, konnte die Rede von ihrem Platz an der Sonne aus nächster Nähe genießen.

Ein Antrag der FDP (was immer da auch drin stand) wurde von Miazga mit einem Halbsatz abgekanzelt, indem sie an die Grünen gewandt sagte: „Wir lehnen Ihren Antrag ab...“ und dann fortfuhr: „... und das belanglose Papier der FDP sowieso. Vielen Dank.“

Und ja, auch das darf gesagt werden: Bei Corinna Miazga ist das rhetorische Talent auch noch in einer ansprechenden Verpackung. Ein Balsam für die geschundenen Augen nach dem Anblick von [Merkel](#), [Roth](#), [Högl](#) und Co.



Die Unbeugsame

Von EUGEN PRINZ | Sie sind Studienabbrecher, vorzugsweise der Geschwätzwissenschaften? Sie haben keinen Beruf erlernt und noch nie in Ihrem Leben einen Tag gearbeitet? Sie haben keine Kinder, keine Ahnung von den Problemen normaler Leute und hängen hirnrissigen Ideologien nach? In Ihnen ist kein Funken Heimatliebe, Ihr persönliches Fortkommen geht Ihnen über

alles? Sie sind lesbisch, schwul oder transgender? → Wenn Sie sich hier wiedererkennen, sind Sie bei uns genau richtig! Kommen Sie zu uns, den etablierten Parteien, eine steile Karriere als Berufspolitiker wartet auf Sie!

Sie halten diese Zeilen für Satire? So weit sind wir da von der Realität gar nicht entfernt. Und jetzt wissen Sie auch, warum die Fraktionsvorsitzende der AfD im bayerischen Landtag bei einer der etablierten Parteien nie eine Chance gehabt hätte. Katrin Ebner-Steiner ist gelernte Bilanzbuchhalterin, hat bis zu ihrer Wahl als Abgeordnete in den bayerischen Landtag diesen Beruf auch ausgeübt und dazu noch vier Kinder bekommen, denen sie eine liebevolle Mutter ist. Zudem ist sie verheiratet, und das – man höre und staune – auch noch mit einem Mann! Das bedarf heutzutage schon der Erwähnung, denn selbstverständlich ist das nicht mehr.

Die Waidler

Katrin Ebner-Steiner stammt aus Metten, einer Marktgemeinde bei Deggendorf, dem Tor zum bayerischen Wald. Damit gehört sie einem besonderen, in Niederbayern beheimateten Menschenschlag an, den Waidlern. Die Bewohner des Bayerischen Waldes, die Waidler, sind grundehrliche, konservative Menschen, die tief mit ihrer Region verwurzelt sind. Wenn sie von ihrem Zuhause, dem Woid (Wald) sprechen, dann schwingt in ihrer Stimme Stolz und Heimatliebe mit. Und wenn die anderen Niederbayern die Waidler als „Waidler-Büffel“ bezeichnen, geschieht das eher aus Respekt vor ihrer Unbeugsamkeit, denn als Abwertung.

Der Bayerische Wald: Die Hochburg der AfD in Bayern

Solche Menschen nehmen es natürlich nicht so einfach hin, dass ihre geliebte Heimat in einem Maß zum Siedlungsraum von kulturfremden Zuwanderern wird, das den Charakter dieser Region für immer verändern wird. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass dort die AfD in Bayern ihre Hochburgen hat, wie ein Blick auf das Ergebnis der letzten Landtagswahl

zeigt:

1. Stimmkreis Regen/Freyung-Grafenau: 16,2 Prozent
2. Stimmkreis Cham: 16,0 Prozent
3. Stimmkreis Deggendorf: 15,6 Prozent
4. Stimmkreis Schwandorf: 14,8 Prozent

Wie sagte kürzlich ein „Waidler“ zum Autor: „Da Woid wählt scho richtig“ (Der Wald wählt schon richtig).



Katrin Ebner-Steiner, die Unbeugsame, hat keine Scheu vor ungewöhnlichen Auftritten, um auf die Islamisierung Deutschlands aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck zieht sie auch schon mal einen Niqab an.

Verbissene Kämpferin gegen die Islamisierung

Und damit sind wir wieder bei Katrin-Ebner Steiner. Der Autor kennt keine Frau, die von Anfang an mit einer solchen

Verbissenheit gegen die Islamisierung unserer Heimat gekämpft hat, wie die junge Mutter aus Metten bei Deggendorf. Das blieb auch den Wählern nicht verborgen. Mit 19,2 Prozent holte „die Katrin“, wie sie im Woid genannt wird, in ihrem Heimat-Wahlkreis bei der letzten Bundestagswahl das [beste AfD-Ergebnis](#) eines Direktkandidaten in allen westdeutschen Bundesländern. Auch bei der Landtagswahl schnitt sie überragend ab. Kein Wunder, dass sie zur [Zielscheibe der Antifa](#) wurde. Diese neue SA ist mittlerweile schon so verkommen, dass sie nicht einmal mehr davor zurückschreckt, das Zuhause einer Mutter und ihrer minderjährigen Kinder zu attackieren. Wenn diese Asozialen jedoch gedacht haben, Katrin Ebner-Steiner würde sich einschüchtern lassen und klein bei geben, dann kennen sie weder die Mentalität der Waidler noch die beim Leistungssport mit dem Mountainbike erworbene Zähigkeit der streitbaren Politikerin. Bereits am nächsten Tag trat „die Katrin“ wieder auf einer AfD Veranstaltung in Deggendorf zusammen mit Björn Höcke, mit dem sie freundschaftlich verbunden ist, als Rednerin auf.

Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag

Bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag haben jetzt die Wähler eine Opposition ins [Maximilianeum](#) geschickt, die diesen Namen auch verdient. Und im Gegensatz zu den Berufspolitikern der etablierten Parteien, bestens geschult im Absondern von nichtssagenden Worthülsen und Textbausteinen, sitzen nun Leute aus dem Volk, die ehrliche Arbeit kennen und in deren Gehirnen noch normale Denkabläufe stattfinden, auf der Oppositionsbank im Plenarsaal. Und plötzlich geht es nicht mehr nur um Themen, die den Hörsälen der Geschwätzwissenschaften entfleucht sind, sondern um die tatsächlichen Probleme unseres Landes, die die Menschen bewegen. Katrin Ebner-Steiner, die verdientermaßen zur Fraktionsvorsitzenden der AfD im bayerischen Landtag gewählt wurde, hat vor einigen Tagen in einer schonungslosen Abrechnung mit dem Wirken der bayerischen Staatsregierung und ihrer Repräsentanten die Sache auf den Punkt gebracht:

„(...) Die Zuwanderung wird so weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden und der Preis dafür ist unser schönes Bayernland, das Tag für Tag mehr sein Gesicht verliert und in eine multi-ethnische Besiedelungszone umgewandelt werden soll.“

Nach ihrer Rede (siehe Video am Anfang des Beitrags) war die geheuchelte Empörung bei den Medien und den etablierten Parteien groß. Ja, die Wahrheit tut weh und der getroffene Hund jault auf, wie der Volksmund weiß.

AfD hält kommende Woche eine böse Überraschung für die Staatsregierung bereit

Und dabei hielt Ebner-Steiner den Verantwortlichen lediglich einen Spiegel vor. In der kommenden Woche werden die Damen und Herren auf der Regierungsbank noch eine ganz andere Überraschung erleben. Der Autor wagt die Prognose, dass sie ordentlich ins Schwitzen kommen werden. Freuen Sie sich darauf, PI News wird zeitnah und ausführlich berichten.

Und außerdem freuen wir uns für die Zukunft noch auf weitere fulminante Klartext-Reden von Katrin Ebner-Steiner. Es steckt großes rhetorisches Talent in ihr. Den nötigen Feinschliff werden die kommenden Jahre Parlamentsarbeit bringen. Wie im Bundestag, ist nun auch im Bayerischen Landtag mit dem Einzug der AfD ins Parlament das ruhige Leben der etablierten Parteien vorbei.



Modellrechnung zur Zukunft Deutschlands: Stresstest (leider) bestanden

Von EUGEN PRINZ | Am 23. Oktober veröffentlichte PI-NEWS einen Beitrag mit dem Titel „[Mathematisches Modell sagt den Crash voraus](#)„. Dieses mathematische Modell zur Simulation sozio-ökonomischer Räume (unter anderem auch zur Zukunft Deutschlands) wurde von einem Physiker mit profunden und praxisnahen Kenntnissen in der Ökonomie und Soziallehre ausgearbeitet. Die verwendeten Ansätze machten dabei Anleihen in Gebieten, die man sonst eher der absoluten theoretischen Physik zuordnen würde, nämlich bei den Einstein'schen Feldgleichungen und in der Quanten Theorie.

Das Ergebnis der Simulation ist bekannt: Es wird einen allumfassenden Crash geben. Kein Wunder, dass angesichts der düsteren Prognose der Artikel hohe Wellen schlug und auch in der Politik wahrgenommen wurde.

Das mathematische Modell im Stresstest

Im Vordergrund stand und steht die Frage nach der Belastbarkeit des Modells. Wie in dem entsprechenden Bericht erwähnt, hat der Physiker die Simulation an in- und ausländische Fachkollegen geschickt und um Überprüfung gebeten. Keiner konnte einen Fehler finden. Zudem wurde im Rahmen der Veröffentlichung auf PI-NEWS Lesern mit entsprechenden mathematischen Kenntnissen das Angebot gemacht, das Modell ebenfalls nachzurechnen und Schwachstellen aufzudecken.

Es haben sich bisher mehr als 50 Interessenten gemeldet. Darunter sind Diplom-Mathematiker, Physiker, Programmierer, Diplom-Volkswirte, Chemiker, Systementwickler KI, Ärzte, Ingenieure, Diplom-Psychologen, Studienräte, Anwälte und

Finanzanalytiker.

Es war zudem damit zu rechnen, dass regierungsnahen Institutionen, deren Aufgabe darin besteht, bei PI-NEWS und anderen Vertretern der alternativen Medien nach Falschmeldungen zu suchen, das Modell ebenfalls zur Prüfung anfordern würden. Ob einer oder mehrere der Interessenten solchen Kreisen angehört, ist nicht bekannt.

Fazit: Auch unter den PI-NEWS-Lesern, die das Modell angefordert hatten, war keiner, der es widerlegen konnte.

Nachdenkliche Betrachtung durch Björn Höcke

Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke, ging in seiner viel beachteten Rede bei der AfD-Veranstaltung „Gemeinsam in Bottrop“ am 2. November ebenfalls auf den PI-NEWS-Bericht, der die Simulation zum Gegenstand hatte, ein. Zu der düsteren Prognose des Modells meinte Höcke:

„Das kann so sein, aber man sollte sich von solchen Cassandra-Rufen vielleicht auch nicht entmutigen lassen. Wir sollten uns vielleicht auch das eine oder andere Mal, weil das gerade auch in unseren zurecht besorgten Kreisen manchmal zu nah an uns herangelassen wird, vor übertriebener Schwarzmalerei in Acht nehmen, weil das unseren Kampfesmut und unsere Zuversicht blockiert und das können wir uns in der Lage, in der sich dieses Land befindet, nicht leisten.“

Hierzu ist zu sagen, dass eine Rechnung kein Wunschkonzert ist. Eins und eins ist zwei. Und nicht fünf und auch nicht null. Auch wenn es oft wünschenswert wäre. Das Ergebnis der Berechnungen ist halt nun mal so, wie es ist. Das hat nichts mit „übertriebener Schwarzmalerei“ zu tun, sondern mit Mathematik. Insofern muss man Höcke in dem Punkt widersprechen.

Aber ansonsten hat der Sprecher der AfD-Thüringen vollkommen

Recht: Es gilt, die Flinte nicht ins Korn zu werfen, sondern die Ärmel hochzukrempeln und alles dafür zu tun, dass die in der Simulation errechneten Zustände nicht eintreten werden. Das Modell geht davon aus, dass der deutsche Schlafmichel weiterhin seine Hände in den Schoß legt und der Entwicklung wie ein hypnotisiertes Kaninchen tatenlos zusieht. Ändert sich das, würde das Ergebnis des Modells möglicherweise kippen.

Der Autor der Simulation meint dazu:

Es ist beruhigend, dass einer wie Höcke (ein echtes geistiges Schwergewicht eben) die Aussagen tatsächlich so verstanden hat, wie sie gemeint sind. „Das kann so sein...“ ist genau die richtige Art und Weise damit umzugehen. Nicht umsonst sagte ein alter Zyniker wie Mark Twain, dass nichts so schwer ist, wie eine Vorhersage zu machen, insbesondere, wenn sie die Zukunft betrifft.

Wenn das, was ich modellierte, so aufgegriffen wird, nämlich als Warnung und Aufforderung zum eigenen Tun und Handeln, dann waren meine Befürchtungen, womöglich nichts als Panik und Fatalismus zu erzeugen, unbegründet.

In so einem Kontext irre ich mich am Ende auch gerne. Auch wenn ich den „solidarischen Patriotismus“, den Herr Höcke so trefflich beschwört, in der Fläche noch nicht wirklich erkennen kann, so sehe ich hier und da doch zarte Pflänzchen und wenn Leute wie Höcke diese Pflänzchen zu hegen im Stande sind, dann bleibt uns die Kernschmelze vielleicht erspart... aber ein bitterer und schwerer Weg wird es dennoch werden.

Die Crux wird es sein, die Leistungsträger durch diese Zeit bei Laune zu halten und das wird massive Opfer gerade auch bei den neuen Politikern verlangen. Ob die bereit sein werden diese Opfer zu bringen, davon wird Vieles abhängen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.



TV-Tipp: "Anne Will" – Finale der Sarrazinwoche



Hurra! Heute wird bei [Anne Will](#) (21.45 Uhr, ARD) *irgendwie* bekannt gegeben, dass *unser* Integrationsproblem gelöst ist. Thilo Sarrazin wurde ohne Prozess zum medialen Tod verurteilt, seiner Berufung beraubt und zur Unperson erklärt. Damit ist das Problem der Integration ein für allemal gelöst. Treu dem Motto: Bestrafe einen, erziehe Hundert! **JETZT mit Video.**

Natürlich meint die gute Anne Will das nicht so. Und so verwundert es, dass die WDR-Moderatorin zu ihrer heutigen Sendung fünf Gäste eingeladen hat, von denen zwei Sarrazin-Gegner (Göring-Eckhardt und Wowereit), aber drei mehr (Kelek und Bolz) oder weniger (Bosbach) Sarrazins Thesen zustimmen:

Necla Kelek, die nicht müde wird, uns immer wieder zu sagen, das es eben NICHT an der Gesellschaft liegt, dass sich eine bestimmte Gruppe von Ausländern, nennen wir sie der Einfachheit halber einmal Moslems, unkonform zur Mehrheit der Bevölkerung verhält. Wer Kelek schon einmal live erlebt hat, der kann bestätigen, dass sie ganz genau weiß, worüber sie redet. Und in Klarheit und Radikalität der Formulierung steht sie Thilo Sarrazin, wie man bei der Buchvorstellung in den Räumen der Berliner Bundespressekonferenz erleben konnte, in nichts nach. Und so wird sie heute Abend faktisch fundiert den Angriff auf die Realitätsverweigerung der Grünlinken Stafetten Katrin Göring-Eckardt und „Ich bin schwul und das ist auch gut so“-Wowereit, starten.

Katrin Göring-Eckardt, Antifaschistin und Bessermensch, wird uns noch einmal verdeutlichen, wie wichtig die moderne Pädagogik gerade bei integrationsresistenten Ausländern, besser Muslimen, ist. Fördern statt fordern, das ist der richtige Weg. Mehr statt weniger. Je mehr Transferleistung, desto mehr muslimische Zuwanderung. Und je mehr Muslime zuwandern, desto heimischer fühlen sich die integrationsresistenten Muslime in Deutschland. Sie fühlen sich dann geborgen und zu Hause. Das Problem ist damit effizient und human gelöst.

Berlins Regierender Bürgermeister **Klaus Wowereit** wiederum sieht zwar Probleme, aber die könnte man mit den Methoden von Göring-Eckhardt, mit „ein wenig“ Kleingeld beiseite wischen. Da braucht man nicht so unmenschlich wie dieser Sarrazin zu argumentieren. Wir habens doch – lasst es uns verteilen!

Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages, weiß zumindest wovon er redet. Er prägte 2009 eine Redewendung, die gerade an der Sarrazin-Debatte deutlich ihre Richtigkeit beweist:

“In nichts geht die veröffentlichte Meinung mit der öffentlichen Meinung soweit auseinander, wie beim Thema

Integration."

Ebenfalls mit dabei ist **Norbert Bolz**, Medienphilosoph und [klarer Sarrazinbefürworter](#). Eine Aussage:

„Das ganze ist doch nicht eine Erregung der deutschen Bevölkerung, sondern es ist eine Erregung der Links-Intellektuellen die seit Jahrzehnten den Diskurs dominieren, die das ausgeprägt haben, was wir Political Correctness nennen. Wir haben einen massiven linksgeprägten Diskurs, vor allem in den Massenmedien, vor allem den Öffentlich Rechtlichen...“

Das dürfte die interessanteste Sendung der Sarrazin Woche werden. Warum auch immer Anne Will auf einmal anfängt, politisch inkorrekte Gäste in der Mehrzahl einzuladen, man muss ihr dafür unbedingt Dank zollen.

Video:

So können Sie sich an der Diskussion beteiligen:

- » [Forum](#)
- » [Ihre Meinung an die Redaktion](#)
- » [Necla Kelek im Zuschauer Chat!](#)
- » [Anne Will-Blog](#)

(Video-Upload: Antivirus)

Mutti erlaubt uns das

Sprechen



Nachdem auf Geheiß Angela Merkels das Vorstandsmitglied der Bundesbank, Thilo Sarrazin, aufgrund eines Beschlusses der „unabhängigen“ Behörde geschasst wurde, genehmigt die Kanzlerin großzügigerweise ihren Untertanen über die [erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger Muslime](#) zu sprechen.

Gleichzeitig warnt sie in der ihr eigenen stringenten Gedankenführung, Gewalt mit einer bestimmten Religion zu verbinden. Und da Merkel schon einmal beim Warnen ist, stellt sie fest, dass es keine Orte und Viertel geben darf, „wo unsere Polizei das Recht nicht durchsetzen kann“.

[Focus](#) schreibt:

Die Regierungschefin sprach sich dafür aus, die statistisch erhöhte Gewaltbereitschaft strenggläubiger muslimischer Jugendlicher nicht zu tabuisieren: „Das ist ein großes Problem und wir können offen darüber sprechen, ohne das der Verdacht der Fremdenfeindlichkeit aufkommt.“

Merkel warnte jedoch davor, Gewalt mit einer bestimmten Religion zu verbinden. „Das führt in die Irre. Gewalt bei jungen Menschen ist oft ein Zeichen dafür, dass sie keine

Perspektive für sich sehen. Und da hilft nur Bildung, Bildung, Bildung.“

Nachdem die Kanzlerin der Deutschen zunächst einmal der [„Hürriyet“ ein Interview gegeben hat](#), lässt sie sich nun herab, den Deutschen die Diskussion darüber zu erlauben, warum sie sich von den vielen auch unter humanitären Gesichtspunkten aufgenommenen Migranten unter den Rufen „Scheiß Deutscher“ verprügeln lassen müssen.

Der Kanzlerin scheint nicht klar zu sein, dass die Deutschen, von denen sie Schaden abzuwenden in ihrem Eid geschworen hat, nicht mehr „reden“ wollen, sondern endlich von der Politik Lösungen erwarten. Es gehört schon eine gehörige Portion Chuzpe dazu, nun eine Debatte führen zu wollen, nachdem sie selbst denjenigen, der die Debatte in Gang brachte, beruflich und gesellschaftlich vernichtet hat. Aber Merkel verkennt die Situation, wenn sie glaubt, die Bevölkerung würde sich mit einer neuen Runde sinnfreier Debatten – an deren Ende die Integrationsindustrie wieder mit einem neuen Milliardenpaket die Runde verlässt – zufrieden geben.

Der Duisburger Stadtteil Marxloh gilt als Problembezirk. Schon häufiger wurde dort die Polizeiarbeit von jungen gewaltbereiten Migranten sabotiert. Vor dem Hintergrund der neuen Integrationsdebatte meldet sich nun sogar Kanzlerin Merkel zu Wort.

Die Bundeskanzlerin warnte vor einem Zurückweichen des Staates vor Gewalt in Bezirken mit hohem Ausländeranteil. „Es darf in Deutschland keinen Ort und keine Viertel geben, wo unsere Polizei das Recht nicht durchsetzen kann“, sagte Angela Merkel (CDU) der „Bild am Sonntag“ mit Blick auf Situationen in Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh, in denen die Polizei vor gewaltbereiten Jugendbanden schon mehrfach kapitulieren musste.

Die Zeit des Redens ist vorbei! Es genügt nicht mehr, festzustellen, dass es das „Wunder von Marxloh“ nie gegeben hat. Und wer nun – wie die Kanzlerin – eine Parallelgesellschaft dadurch bekämpfen möchte, indem man den Migranten (sprich: Muslimen) keine Deutschen mehr in Ämtern und in der Polizei zumuten will, sondern diese durch Migranten zu ersetzen sucht, der bekämpft das Problem nicht, sondern verstärkt es. Wir brauchen keine Migrantenviertel mit eigenen Polizisten und Beamten. Was wir brauchen, ist ein Politikbetrieb, der Handeln nicht mit der Teilnahme an Integrationsgipfeln, Islamkonferenzen und Talkshows verwechselt.

Der Staat mache viele Angebote, aber die Hauptverantwortung liege bei den Eltern, die ihnen Schule und Gesellschaft nicht abnehmen könnten. Zur Lösung des Problems sprach sich die Kanzlerin für mehr Migranten im öffentlichen Dienst aus: „Es würde sicher helfen, wenn wir in Polizei, Jugendämtern und anderen Behörden mehr Migranten hätten.“

Es hat nur wenige Tage gedauert, bis die Bundeskanzlerin auf vorab veröffentlichte Auszüge aus dem Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin reagierte. Aber angesichts solcher Probleme wie in Marxloh geruhte Ihre Gnade Merkel erst zwei Jahre, nachdem die Polizei dies zum Angstraum erklärte, darauf einzugehen.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte zuletzt mehrfach auf den Duisburger Problemstadtteil mit über 35 Prozent nicht deutscher Bevölkerung und hoher Arbeitslosigkeit hingewiesen. Polizisten dort verstärkt auf enorme Feindseligkeit stoßen, die überwiegend von Türkisch- oder Arabischstämmigen ausgehe. Der frühere Duisburger Polizeipräsident Rolf Cebin bezeichnete Marxloh schon 2008 als „Angst-Raum“. Vor wenigen Wochen warnte er erneut vor der dort ständig wachsenden Aggression junger Ausländer.

Was bietet uns Frau Merkel nun als Lösung an? Richtig, wir dürfen darüber reden, ohne gleich fremdenfeindlich zu sein. Danke, aber das genügt nicht mehr! Oder wie es auf dem Fußballplatz so schön heißt: „Wir wollen Euch kämpfen sehen!“ Aber vielleicht hat der ein oder andere Spieler schon Vertragsverhandlungen mit einer anderen Mannschaft aufgenommen. PI wird heute noch einen Mannschaftsmanager vorstellen, der sich sehr expansiv am europäischen Markt bewegt.

(Spürnase: Antivirus)



BILD setzt sich für die Meinungsfreiheit ein



Das hätte Axel Springer sicherlich erfreut: Die BILD-Zeitung richtet heute in einem sehr lesenswerten Beitrag einen Appell an die Meinungsfreiheit in Deutschland, die schon längst keine mehr ist. Wer sich – wie jetzt Thilo Sarrazin – nonkonform äußert

und nicht gewünschte Wahrheiten ausspricht, wird (bislang) öffentlich vernichtet. Kommt jetzt ein Umdenken?

Die Bild stellt unter dem Titel [„Diese Sätze muss man sagen dürfen, weil...“](#) neun unbequeme Meinungen und die Fakten zur Diskussion. Wir veröffentlichen einige davon:

„Auf den Schulhöfen muss Deutsch gesprochen werden“

Fakt ist: Kinder und Jugendliche, die nicht richtig Deutsch sprechen, haben kaum Aufstiegschancen, sind anfälliger für Gewalt und Kriminalität. Bei den Mehrfachtätern (fünf und mehr Gewalttaten) belegen zum Beispiel türkischstämmige Jugendliche mit 8,3 Prozent einen vorderen Platz. Dort, wo türkische Jugendliche schulisch gut integriert sind, sinkt ihre Gewaltrate deutlich. Ausländische Jugendliche sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie deutsche. Einer der Hauptgründe: mangelnde Deutschkenntnisse.

[...]

„Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein“

Fakt ist: „Kartoffeln“, „Scheiß Deutsche“, „Schweinefleischfresser“ – so werden Deutsche in Deutschland beschimpft, an Schulen, in der U-Bahn, auf der Straße. Die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig (beging im Juli Suizid) beschreibt in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ die Deutschenfeindlichkeit vieler Migranten. Sie schildert den Fall, das türkischstämmige Jugendliche junge Frauen als „deutsche Huren“ titulierte und sagte, Deutsche könne „man nur vergasen.“ Heisig stellt fest: „Wenn Deutsche sich so gegenüber Ausländern verhalten, nennen wir das Rassismus.“ Dabei ist Deutschland ein so tolles Land, auf das auch Migranten stolz sein können. So wie die deutsch-libanesische Familie in Berlin, die zur Fußball-WM ihr ganzes Haus in Schwarz-Rot-Gold gehüllt hat.

„Zu viele junge Ausländer sind kriminell“

Fakt ist: In einigen Stadtteilen von Berlin ist die Gewaltkriminalität muslimischer Jugendlicher laut Schätzungen der Jugendrichterin Kristin Heisig (†2010) aus dem Jahr 2008 rund dreimal so hoch wie unter deutschen Jugendlichen. Und der Berliner Staatsanwalt Roman Reusch stellte 2007 fest: Rund 80 % aller „eingetragenen Intensivtäter“ stammen aus Einwandererfamilien. Und: Seit 1985 hat sich der Ausländeranteil in deutschen Gefängnissen nahezu verdoppelt. So sind beispielsweise in Hessen 45 % der insgesamt etwa 6000 Strafgefangenen Ausländer – die größte Gruppe unter ihnen (19,2 %) sind Türken. Zum Vergleich: Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung liegt derzeit bei 8,9 %.

[...]

„Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen“

Fakt ist: Verurteilte Straftäter ohne deutschen Pass sitzen ihre Gefängnisstrafe (zumindest zu Teilen) ab, können anschließend abgeschoben werden. Aber: Kriminelle Ausländer mit gültiger Aufenthaltsgenehmigung können nur ausgewiesen werden, wenn sie „eine gegenwärtige, hinreichend schwere Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit“ darstellen. Da sich das selbst bei Gewalttätern oft nicht nachweisen lässt, dürfen scheinbar reumütige Kriminelle häufig in Deutschland bleiben.

„Nicht wir müssen uns den Ausländern anpassen, sondern sie sich uns“

Fakt ist: Rund zwei Milliarden Euro und mehr gibt Deutschland pro Jahr für die Integration aus, hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ errechnet. Eine ganze Industrie lebt bei uns von Migrationsberatung oder Kursen zur „Förderung interkultureller Kompetenz“. Ein englisches Sprichwort lautet: „Wenn du in Rom bist, benimm dich wie die Römer“.

Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch: „Es reicht aus, dass Muslime unsere Gesetze beachten, ihre Frauen nicht unterdrücken, Zwangsheiraten abschaffen, ihre Jugendlichen an Gewalttätigkeiten hindern und für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen. Darum geht es.“

Sehr schön auch der Kasten links vom Artikel mit dem Titel „UND SOLCHE DUMMEN SÄTZE KÖNNEN WIR NICHT MEHR HÖREN!“:

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU): „Das, was er gemacht hat, verstößt mindestens gegen den Grundsatz: ‚Das tut man nicht.‘ Wir brauchen keine Belehrung. Wir wissen um höhere Gewaltneigung bestimmter Ausländer. Wir wissen um Integrationsprobleme. Die Fragen, die Sarrazin stellt, stellt sich die Politik längst.“

BILD meint: Warum hat dann niemand was getan, wenn alle Probleme soooo bekannt sind?

CSU-General Alexander Dobrindt: „Der Typ hat einen Knall. Aber man muss über Integration in Deutschland diskutieren und über den mangelnden Integrationswillen von türkischstämmigen und muslimischen Migranten sprechen.“

BILD meint: Warum hat er dann einen Knall?

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD): „Er ist offensichtlich bei der Bundesbank nicht ausgelastet und freut sich über den Medienrummel, der entstanden ist. Es ist auch ein „großes Stück Eitelkeit dabei“.

BILD meint: Und Sie sind gar nicht eitel...?

Grünen-Chefin Claudia Roth: „Gespräche helfen bei diesem Quartalsirren nicht weiter.“

BILD meint: Irre ist, wer anderen das Reden verbieten will.

Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit: „Dieser Mann ist einfach

nur dumm und ein Irrer.“

BILD meint: Unsachlichkeit hilft auch nicht weiter.

Grünen-Chef Cem Özdemir: „Er ist kein seriöser Gesprächspartner.“

BILD meint: Zur Politik gehört auch, sich mit unbequemen Gesprächspartnern unterhalten zu können.

Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD: „Er hat Freude an der allgemeinen Aufregung.“

BILD meint: Woher wollen Sie das wissen?

PI meint: Weiter so, BILD!



**Schreiben Sie dem
Bundespräsidenten!**



Support Sarrazin –

für die Meinungsfreiheit! Werte Leser und Kommentatoren, Bundespräsident Christian Wulff entscheidet jetzt erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik über die [Abberufung eines Bundesbankvorstandsmitgliedes](#). Es gibt eine Möglichkeit, öffentlich und direkt dem Bundespräsidenten zu schreiben. Tragen Sie Ihre Meinung zum Thema Thilo Sarrazin und dem Vorgehen gegen ihn in das [Gästebuch des Bundespräsidenten](#) ein. Anschließend kopieren Sie den Eintrag und posten ihn hier auf PI. Dann können Sie sicher sein, dass er nicht verloren geht.

CDU und SPD fordern jetzt, nachdem Dr. Thilo Sarrazin das Thema Integrationsverweigerung durch Muslime explizit durch sein Buch klar an Volkes Sprache orientiert auf den ersten Platz der öffentlichen Meinung gesetzt hat, eine [„Integrationsdebatte“](#). Debatten hatten wir genug, diese Initiative ist reine Augenwischerei! Thilo Sarrazin soll seiner Posten enthoben werden, weil er die Debatte anstieß – die Parteien hätten das Thema ohne Sarrazin weiter klein- und schön geredet und werden dies auch in Zukunft, sobald die Diskussion abgeebbt ist, tun.

In diesen Tagen geht es nicht um irgendetwas profanes. Es geht vielmehr um das endgültige Abrutschen der sogenannten „Parteiendemokratie“ in den Status der Bananenrepublik! Mit der hysterischen Kreischattacke der versammelten Politiker aller Parteien gegen Herrn Dr. Thilo Sarrazin wird Einfluss auf ein Verfassungsorgan, die Bundesbank, genommen. Das hat es

in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben, dass sich ein Bundesbankvorstand der Political Correctness beugen musste. Die sogenannten Volksparteien haben bisher schon immensen Schaden an demokratischen Werten angerichtet. Von wirtschaftlichen Schäden wollen wir noch gar nicht reden. Die Parteien haben für das Entstehen einer großen Partei – der größten – selbst gesorgt: die Partei der Nichtwähler!

Diese Demokratie ist nicht mehr durch die Parteien repräsentativ für die Bevölkerung. Der derzeitige ungeheuerliche Vorgang einer Hexenjagd gegen das Sarrazin ist unerträglich für jeden demokratisch gesinnten Bürger. Stehen Sie auf! Verfassen Sie Ihre Meinung und setzen Sie diese in das Gästebuch des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Schreiben Sie Leserbriefe an Zeitungen. Wir sind endgültig an einem Scheideweg angelangt. Unterstützen Sie Dr. Thilo Sarrazin. Organisieren Sie in Ihrer Umgebung die Mitbürger zum Protest. Lassen Sie Politik auf Wirklichkeit treffen. Haben Sie Mut, Sie sind nicht allein. Millionen Bundesbürger denken wie Sie!

Wenn wir jetzt nicht für unser Land eintreten, dann verlieren wir unsere Freiheit. Dies ist eine dramatisch ernste Situation. Die Parteienlandschaft ist bereit, unsere Verfassung der Politischen Korrektheit zu opfern. Es ist nicht mehr Zeit für Bequemlichkeit. Es ist Zeit zum Handeln. Jeder einzelne kann etwas tun. Es spielt keine Rolle, welcher politischen Richtung Sie angehören. Wenn Sie Demokrat sind, dürfen Sie nicht länger schweigen. Haben Sie Mut und sagen Sie NEIN zur Absetzung von Dr. Thilo Sarrazin aus dem Bundesbankvorstand!

[Hier](#) gehts zum Gästebuch des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Vergessen Sie nicht, Ihren Beitrag zu kopieren und bei PI ebenfalls zu posten. Schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich per E-Post an das Bundespräsidialamt. Schicken Sie auch einen postalischen Brief auf Papier.

Hier die weiteren Kontaktdaten:

» Briefpost: Bundespräsidialamt, 11010 Berlin

» bundespraesident@bpra.bund.de
bundespraesidialamt@bpra.bund.de



TV-Tipp: Broder und Köppl bei "Maybrit Illner"



Die Sarrazin-

Festwoche im deutschen Fernsehen geht heute Abend um 22.15 Uhr mit der ZDF-Talkshow [„Maybrit Illner“](#) weiter. Erneut trifft Realitätsverweigerung der zweiten Parallelgesellschaft gepaart mit der ersten Parallelgesellschaft auf die Wirklichkeit.

JETZT mit Videos!

Kontrahenten sind heute auf Seiten der zweiten

Parallelgesellschaft:

- Cem Özdemir (Bündnis 90 / Die Grünen), Parteivorsitzender
- Naika Foroutan, Politologin. Ihr Vater kommt aus dem Iran. Sie lehrt und forscht an der Humboldt-Universität zu Berlin, unter anderem über europäisch-muslimische Identitätsmodelle
- Bernd Ulrich, Stellv. Chefredakteur „Die ZEIT“ und Autor

und auf Seiten der Realisten:

- Henryk M. Broder, Publizist und Autor u.a. „Früher war alles besser: Ein rücksichtsloser Rückblick“
- Roger Köppel, Schweizer Journalist, Chefredakteur und Verleger des Wochenmagazins „Die Weltwoche“

Kleiner Vorgeschmack auf Broder, der heute auf der [Achse des Guten](#) schreibt:

Hier irrt Sarrazin

Thilo Sarrazin hat gesagt, Michel Friedman wäre ein [Arschloch](#). Weil ein Mann von Welt ein Kompliment, das ihm gemacht wurde, nicht für sich behalten kann, rennt Friedman zur BILD-Zeitung und erzählt ihr, was Sarrazin über ihn gesagt hat. Die macht daraus eine Titelgeschichte. Jetzt wissen fünf Millionen BILD-Leser, dass der Sarrazin den Friedman ein Arschloch genannt hat. Das ist nicht nett und, wie unsere Kanzlerin sagen würde, überhaupt nicht hilfreich. Und außerdem stimmt es nicht. Friedman ist ein selbstverliebttes Riesenarschloch. So, das musste mal gesagt werden.

Die Realitätsverweigerer und ihre voraussichtlichen Standpunkte

Cem Özdemir, mit der These, es ist alles gar nicht so schlimm, Sarrazin hetzt gegen Juden und Muslime, die Welt ist bunt und schön und wir haben uns alle ganz dolle lieb. Für die Untätigkeit der Grünen bei der Integration in deren

Regierungszeit wird Özdemir darauf hinzuweisen, dass ja die anderen auch nichts getan haben. Zwangsheiraten sind Einzelfälle genau wie Importbräute und der Verkauf muslimischer Mädchen an andere Familien (neudeutsch Heirat) sieht er nicht als Problem, sondern als kulturelle Bereicherung der eingefahrenen deutschen Lebensart, in der sich die Frau den Partner frei wählt.

Naika Foroutan, mit der These, dass die eigenen Angaben von jugendlichen Migranten nicht hinterfragt werden brauchen. Die sind richtig und wie alles muslimische, über jeden Zweifel erhaben. Ach ja, Sarrazin hat unrecht, ist ein Hetzer und Antisemit, oder so ähnlich.

Bernd Ulrich, stellv. Chefredakteur bei der ZEIT, findet dass Sarrazin keine Ahnung hat wovon er redet. Wie er das begründet ist ihm egal. Er weiß es halt irgendwie. Sarrazins Buch bringt nichts neues, nur Statistiken und außerdem ist fast alles falsch, was Sarrazin sagt.

Ja, liebe PI-Leser, das kann ja wieder ein spannender Abend werden. Wir erwarten heftiges Keifen von Cem und ruhige unaufgeregte Stellungnahmen von Köppel & Broder. Sicherlich wird die Fraktion der Anti-Sarrazin Front (Antifaschisten) Köppel auch noch mal belehren, dass die Schweizer mit ihrer Minarettverbotentscheidung eh dumm und intolerant sind. Lassen wir uns überraschen...

Video der Maybrit Illner-Sendung:

Video der Berliner Phoenix-Runde (lief zeitgleich um 22.15 Uhr):

- » Kontakt: maybrit-illner@zdf.de
- » [Chat](#) mit Naika Foroutan im Anschluss an die Sendung
- » [Videobotschaften](#) an die Maybrit Illner-Redaktion

(Video-Upload: Antivirus)

Bosbach stimmt Sarrazin zu



Nun kommt auch der konservative Flügel der Union in Bewegung. Wolfgang Bosbach (CDU) erklärte gegenüber dem [Schwarzwälder Boten](#), er würde den SPD-Politiker nicht aus der Partei drängen. Eine Volkspartei müsse Kontroversen aushalten.

Zur Frage des Hinauswurfes aus der Bundesbank hält sich Bosbach wohl mit Rücksicht auf seine Parteichefin zurück, weist aber indirekt darauf hin, dass dies wohl die Unterstützung für Sarrazin stärken werde. Bosbach rät der Union, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen, was in einer Demokratie und dem tausendsten Appell in dieser Richtung allerdings kein revolutionärer Ansatz ist.

Herr Bosbach, nehmen wir mal an, Thilo Sarrazin (SPD) wäre CDU-Mitglied. Wären Sie für seinen Ausschluss?

Nein, ich würde ihn nicht ausschließen. Eine große Volkspartei muss auch kontroverse Debatten führen. Was nicht heißt, dass ich jede These von ihm teile. Er macht von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Die Grenze liegt bei strafrechtlich relevantem Verhalten. Das allerdings sehe ich nicht. Noch mal: Eine lebendige Demokratie muss auch provokante Thesen ertragen.

Ist die durchgehende Biologisierung seiner Argumentation, das Gerede von dem jüdischen Gen, nicht eine Grenzüberschreitung?

Beim Thema Zuwanderung und Integration kann ich nur sagen: Wo Thilo Sarrazin recht hat, hat er recht. Was mich aber stört, ist seine durchgehende Verallgemeinerung, denn es gibt auch millionenfache Beispiele gelungener Integration. Beim Thema Vererbung und genetische Disposition hat er sich völlig vergaloppiert. Das ist auch wissenschaftlich nicht haltbar. Aber einen Parteiausschluss oder solch hysterische Debatten wie in den letzten Tagen halte ich für überzogen.

Auch die Kanzlerin scheint zu denken, Sarrazin beschädige das Ansehen der Bundesbank.

Das muss die Bundesbank selbst beurteilen. Aber mit jeder weiteren Forderung nach seiner Entfernung aus dem Bundesbank-Vorstand werden wir nur einen Effekt erleben: das Steigen der Buch-Auflage.

Geben Sie ihm in seiner Analyse recht?

Trotz der vielen Beispiele gelungener Integration gilt: Es gibt viel zu viele Fälle von Integrationsverweigerung und Bildung von Parallelgesellschaften. Aber: Wir haben auf Wunsch der deutschen Wirtschaft bis 1973 gezielt Menschen aus Südeuropa, Nordafrika und der Türkei zu uns geholt. Sie waren bewusst für einfache Tätigkeiten angeworben worden. Damals ging es nicht um den weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe, um Ingenieure und Wissenschaftler. Wir brauchten tüchtige Arbeiter. Also dürfen wir uns nicht wundern, dass auch viele Menschen aus bildungsfernen Schichten gekommen sind.

Sarrazin hält aber Bildung für eine Lebenslüge unserer Gesellschaft – einen Fetisch.

Diese These teile ich nicht. Wir sind mitten im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff. Anders gesagt: Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben. Aber die staatlichen Angebote alleine reichen nicht. Hinzu kommen muss das

Bildungsinteresse im Elternhaus. Man kann nicht jede Verantwortung dem Staat übertragen. Die Förderung des Bildungsinteresses muss im Elternhaus beginnen.

Sarrazin geht es um Türken und Araber. Aber benennt er nicht allgemeine Unterschichtenprobleme etwa im fast rein deutschen Berlin-Hellersdorf und im Multikulti-Neukölln?

Ja und Nein. Es ist unübersehbar, dass in bestimmten Zuwanderungsgruppen kaum Integrationsprobleme feststellbar sind. Im Gegenteil: Nehmen Sie die Zuwanderer aus Vietnam. Deren Nachkommen haben einen höheren Anteil an Gymnasiasten als ihre deutschen Nachbarkinder. Offensichtlich ist das Bildungsinteressen in diesen Gruppen größer als in anderen Herkunftsmilieus. Mit dem Hinweis darauf, dass es Problemgruppen gibt, hat Sarrazin recht. Das bedeutet keine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, sondern die Feststellung einer schlichten Tatsache.

Die Bürger haben den Eindruck: Wer in Deutschland klar seine Meinung sagt, wird von den Vertretern der politisch korrekten Meinung niedergemacht.

Ich habe selbst schon erlebt, dass man sehr schnell in die rechtsradikale Ecke gestellt wird, wenn man auf Probleme bei Zuwanderung und Integration hinweist – selbst wenn alle vorgebrachten Zahlen und Fakten stimmen. Dafür haben die Menschen ein feines Gespür – Menschen, die absolut nicht ausländerfeindlich sind. Sie wollen, dass man sich mit jemandem, der von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht, inhaltlich auseinandersetzt und ihn nicht als Person angreift.

Wird sich denn inhaltlich nach dem ganzen Trubel irgendetwas bewegen?

Was Sarrazin als Handlungsempfehlungen gibt, ist eine gewisse Mischung aus Maria Böhmer (CDU), der Integrationsbeauftragten

der Regierung, und Heinz Buschkowsky (SPD), dem Bürgermeister von Berlin-Neukölln. Das heißt, viele seiner Forderungen sind längst erfüllt oder Gegenstand lebhafter politischer Debatten. Insofern kommt das Buch spät. Nie wurde in Sachen Integration mehr getan als seit der Zeit der Großen Koalition. Vom Integrationsgipfel und der Islamkonferenz bis zu den bundesweit flächendeckenden Angeboten an Sprach- und Integrationskursen. Die Handlungsnotwendigkeiten hat die Politik erkannt.

Die CDU hält sich in der Debatte auffallend zurück. Was raten Sie ihr?

Sie muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen, darf Probleme nicht tabuisieren, sondern muss sie politisch lösen.


[Hier](#) ist einer der vielen Möglichkeiten im Netz über den Rauswurf Sarrazins aus der SPD abzustimmen.

» wolfgang.bosbach@bundestag.de

(Spürnase: Kater Murr)



“Integration heißt andere auszuschließen”

 Gestern Abend strahlte die ARD, wie in der Diskussionssendung „hart aber fair“ angekündigt, um 23:30 Uhr die Dokumentation „hart und herzlich“ aus. Während in der Diskussionssendung mal wieder die [Probleme kleingeredet bzw. negiert](#) wurden, zeigt die Reportage, wie die türkischstämmige Lehrerin und [Buchautorin](#) Betül Durmaz (40) in der Realität(!)

darum kämpft, ihre – insbesondere muslimischen – Schüler mit Kompetenzen auszustatten, die diese für unsere Gesellschaft brauchen; oder doch viel mehr bräuchten, wenn sie überhaupt Teil dieser Gesellschaft werden wollten.

Denn die Aussage einer der Schülerinnen, Integration bedeute, andere auszuschließen, erfolgt zwar erkennbar aus sprachlicher Unkenntnis. Dennoch ist die Aussage sehr richtig, wie die Dokumentation eindrücklich zeigt, da diese Schüler nicht in einer deutschen Gesellschaft ankommen werden. Sie leben längst in einer parallelen Welt und nichts deutet darauf hin, dass sich dies ändern wird. Das ändert augenscheinlich auch die äußerst sympathische und zupackende Muslima Durmaz nicht. Auch sie vermag es nicht, zu verhindern, dass das Wort „Christ“ an der Schule als Schimpfwort empfunden und verwandt wird. Die Mutter eines der Kinder erklärt dann auch, woran es liegt und wie normal es doch sei, wenn man sich gegen Christen wendet (15:20 min), wenn diese etwas gegen den Koran sagen. Dass Kritik am Koran bei dieser Erziehungsberechtigten nicht willkommen ist, dürfte spätestens klar werden, wenn sie darlegt, der Koran sei die pädagogische Richtschnur für muslimische Eltern.

Man kommt nicht umhin, die unermüdliche Kämpferin Durmaz zu bewundern, wenn sie trotz aller Widerstände für ein Miteinander eintritt, aber ihre Schüler bei der Frage nach der Anzahl der deutschen Freunde lachen müssen und ihr von manchen Eltern abgesprochen wird, überhaupt eine Muslima zu sein.

Die Aussagen der Kinder und Jugendlichen sind von einem Ausmaß, dass, wenn diese im umgekehrten Sinne von deutschen Kindern getroffen würden, es zu einer Krisensitzung des jeweiligen Landesparlamentes führen würde, um Schulungsprogramme „gegen Rechts“ aufzulegen. Da aber Deutschen- und kein Ausländerhass dokumentiert wird, bleibt es einer Reportage.

Daher sieht sich die Schule als staatliche Institution

gezwungen, islamische Gelehrte in die Schule zu holen. Man nimmt Hilfe, wo man sie kriegen kann. Auch wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass der sehr bemühte und auch gar nicht unkritische Schulleiter in seiner Verzweiflung den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben versucht. So beginnt der „Religionsexperte“ gleich einmal mit der faustdicken Lüge, Islam bedeute Friede™. Dies habe er doch nun schon wirklich oft genug im Islamunterricht betont. Auch der zweite Experte wartet mit einer Unwahrheit auf. Behauptet er doch, mit der von Mohamed verlangten „guten Behandlung anderer“ seien auch Nichtmuslime gemeint. Die Kinder haben aber wohl eher die Sure 48 Vers 28 im Kopf: „Und diejenigen, die gläubig sind, sind den Ungläubigen gegenüber heftig, unter sich aber mitfühlend.“ (Paret, 11. Auflage).

So ist der Gedanke des Direktors richtig, dass die Kinder, deren Eltern und manchmal auch sie selbst zum Teil als Kriegsflüchtlinge (z.B. aus dem Kosovo) nach Deutschland kamen, um Schutz zu suchen und somit Gäste sind. Gäste aber, die sich vor uns „ekeln“, weil wir Schweinefleisch essen. Die Sichtweise auf Deutschland ist die, dass die Deutschen in Deutschland eigentlich ohnehin vollkommen überflüssig sind (00:50).

Aber der Hass ist nur teilweise ethnisch begründet. Auch die türkischstämmige Muslima Durmaz sieht sich der Feindseligkeit ausgesetzt, die auf alles Abweichende abzielt, denn schließlich hat die sehr engagierte muslimische Lehrerin ein Frauenbild, das nicht zum Islam passt. Denen dürfte eher das Frauenbild eines der Mädchen entsprechen, das sagt, Hilfsbereitschaft sei, ihrer Mutter bei der Beseitigung des Saustalls zu helfen, den ihr kleiner Bruder angerichtet habe (6:52).

Gegen Schluss (ca. 43. Minute) zeigt der Film das angestrebte Frauenbild ganz deutlich. Ein Frauenbild aus dem die ehemalige Schülerin Sabri, die mit 20 schon zwei Kinder hat, zumindest ihrer Tochter ein Entkommen wünscht. So bleibt nur die

Hoffnung auf die nächste Generation, die sich auf Schüler gründet, die schon jetzt alles ablehnen, was nicht ihrem Weltbild entspricht. Nach Jahrzehnten der Realitätsverweigerung kommt nun das Zeitalter der unbegründeten Hoffnung.

Wiederholungen:

Do. 02.09., 21:32, EinsExtra Hart und herzlich

Sa. 04.09., 01:20, EinsExtra Hart und herzlich

Do. 09.09., 05:30, EinsExtra Hart und herzlich

Hasch den Sarrazin



Ausführlich berichtet der *Tagesspiegel*, wo Sarrazin wohnt. Fehlt nur noch eine genaue Wegbeschreibung für beleidigte Moslems und andere gute Menschen, die diesem „[hässlichen Deutschen](#)“ die Meinung geigen wollen. Dabei bedauert der *Tagesspiegel* ausdrücklich, dass Sarrazin sich jetzt so oft in Frankfurt aufhält.

Sarrazin wohnt also in Neu-Westend. Folglich, suggeriert der *Tagesspiegel*, weiß er nicht, wovon er redet, denn hier würde sich Deutschland zuletzt abschaffen. Im Gegensatz zu allen Politikern und Journalisten, die bevorzugt in Kreuzberg und Neukölln leben, weiß er gar nicht, wovon er spricht. Dafür

fand man Verkäuferin Vanessa Otto, die Sarrazins Buch schon durch und verstanden hat und sich folgendes [Urteil bildet](#):

„Ich kriege schon immer so einen Hals, wenn ich an den Mann denke“, gibt sie offen zu. „Und dass man dann trotzdem immer lächeln muss“, sagt sie, das falle schon schwer.

Überall klapt das nicht, so zum Beispiel bei der SPD Neu-Westend. Mitglieder dieser Partei [wollen zu 90%](#), dass Sarrazin bleibt, müssen also umerzogen werden.

Und wenn es nach der SPD geht, wird Sarrazin auch in „Kullman’s Diner“ am Theodor-Heuss-Platz zukünftig nicht mehr so häufig zu Gast sein. Der SPD- Ortsverein Westend hält dort einmal im Monat seinen Stammtisch ab. Auch Sarrazin war einige Male dabei, erinnert sich die Wirtin Susanne Müller-Kasch. Auch wenn die SPD mittlerweile skeptisch ist und ein Parteiausschlussverfahren plant, sie steht voll hinter Sarrazin: „Ganz ehrlich, er hat doch Recht“, stellt sie fest. Andere Politiker trauten sich nur nicht, die Integrationsproblematik anzusprechen. „Es kann doch nicht sein, dass sich Ausländer in einer Weltstadt wie Berlin nicht anpassen.“ In manche Viertel traue man sich ja als Deutscher gar nicht mehr hinein. Und natürlich hätten verschiedene Menschen verschiedene Gene. Afrikaner andere als Eskimos. „Nur das Beispiel mit den Juden war nicht glücklich gewählt.“ Das sei eben geschichtlich vorbelastet.

Das ist falsch formuliert. Richtig müsste es heißen „wenn es nach der SPD-Führung“ geht. Aber das sind Kinkerlitzchen. Schließlich befasst man sich ja im Meinungskartell nicht mit Inhalten.

(Foto: „Bündnis gegen Rechts“, [Fotomontage erinnernd an Peter Lorenz](#))

Die Erektionsbeauftragte

✘ Die alte Tante SPD leistet sich nicht nur eine Islambeauftragte, sondern auch eine Erektionsbeauftragte für die überwiegend älteren Herren der Partei. Und das in einer Person: Lale Akgün, die gelernte Psychologin, sorgt mit reimportiertem Viagra aus ihrer türkischen Heimat dafür, dass die Genossen mit der nötigen Standfestigkeit für mehr Gerechtigkeit für alle eintreten können.

BILD berichtet:

Neben ihrer offiziellen Aufgabe als Islambeauftragte ihrer Partei war sie während ihres Urlaubs noch in einer weiteren wichtigen Mission unterwegs: Sie verschaffte bedürftigen Genossen preiswert die Potenzpille Viagra – aus der Türkei. Dies beschreibt Akgün nach einem Bericht des „Kölner Express“ augenzwinkernd in ihrem neuen Buch „Der getürkte Reichstag. Tante Semras Sippe macht Politik“ (Verlag Krüger/Fischer), das im September erscheint.

Akgüns Nebenjob begann am Rande einer Bundestagssitzung. Ein Kollege bat die Deutsch-Türkin darum, ihm bei ihrer nächsten Türkei-Reise ein Medikament zu besorgen. „Ich dachte, er meint Aspirin“, schreibt Akgün. „Aber er wollte Viagra.“

Zwei Tage später trat ein weiterer Genosse mit der Bitte an sie heran. In einer Apotheke in der Hafenstadt Cesme gab Akgün eine Großbestellung auf.

Über die Namen der Abnehmer schweigt die studierte Medizinerin. Aber einer von ihnen, etwas älter, soll sehr bekannt sein.

Das haben wir jetzt verstanden – aber wer ist der andere? Etwa der kleine Dicke? Gut möglich wäre das. Schon Ernest Hemmingway wies ja gerne darauf hin, dass Männer mit Erektionen dazu neigen, Unsinn zu reden. Versorgt die geschäftstüchtige Türkin womöglich den ganzen Bundestag?

“Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an”



„Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an, es ist eine klare Mehrheit“, sagte Außenminister Westerwelle zu den EU-Partnern Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und der Slowakei, um sie zur Anerkennung des Kosovo als selbstständigem Staat zu bewegen. Auf Serbien selbst übte er den erpresserischen Druck aus, auf das eigene Staatsgebiet [großzügig zu verzichten](#). Als „Lohn“ winkt der EU-Beitritt.

Die *Kleine Zeitung* schreibt:

Der deutsche Außenminister Westerwelle holte sich am Donnerstag bei einem Besuch in Belgrad eine Abfuhr. Serbien lehnte seinen Vorstoß ab, auf die Einbringung einer UNO-Resolution gegen das Kosovo zu verzichten. Laut Außenminister Jeremic wird Serbien „die Resolution nicht zurückziehen.“

Zuvor hatte Westerwelle Belgrad aufgefordert, sich mit der Abspaltung der Ex-Provinz abzufinden. „Die Unabhängigkeit des Kosovos ist Realität“, sagte der FDP-Chef. „Versöhnung kann

nur gelingen, wenn man sich der Realität stellt.“ Indirekt verknüpfte er die Kosovo-Frage mit dem von Serbien angestrebten EU-Beitritt. „Wer Europa will, der muss den Ausgleich wollen“, sagte der deutsche Außenminister in einer Rede an der Universität Belgrad. Deutschland und die meisten anderen EU-Staaten haben die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt, fünf EU-Staaten lehnen diese aber weiterhin ab.

Der Besuch in Belgrad galt als schwierigster Teil einer dreitägigen Reise Westerwelles durch das ehemalige Jugoslawien. Mit der UNO-Resolution will Serbien im September neue Verhandlungen über den staatsrechtlichen Status seiner Ex-Provinz erzwingen. Alle Appelle, darauf zu verzichten, blieben bisher ohne Erfolg. Jeremic zeigte sich zu „konstruktiven Gesprächen“ bereit. Serbien werde aber „keinen Punkt unter die Unabhängigkeit des Kosovos setzen“.

Konstruktive Gespräche über einen freiwilligen Verzicht auf ein Fünftel des eigenen Staatsgebietes, das seit der Unabhängigkeit völlig in Korruption versinkt? Warum verzichtet Spanien nicht „freiwillig“ auf das Baskenland, Belgien auf Flandern und Deutschland auf Schleswig?

Die Presse [berichtet](#):

Deutschlands Außenminister appelliert an die fünf EU-Staaten, die den Kleinstaat Kosovo bisher nicht anerkennen. „Ich bitte Sie: Schließen Sie sich der Mehrheit an, es ist eine klare Mehrheit“.

(...)

Die betroffenen europäischen Staaten wie Spanien und Griechenland, die ihre eigenen Konflikte mit Minderheiten haben, müssten nicht befürchten, dass aus dem Fall Kosovo Konsequenzen für andere Regionen abgeleitet würden.

(...)

Praktisch bedeutet dies, dass die EU auch keine Verträge mit dem Land schließen kann. Doch nicht nur deshalb ist der

Kosovo von einem EU-Beitritt weit entfernt: In dem bitterarmen Land blühen die Korruption und die organisierte Kriminalität. Außerdem halten ethnische Spannungen und die Rechtsunsicherheit ausländische Investoren fern.

Und nicht zu vergessen: Wie immer sind es Moslems, die für Unruhe und die beschriebenen ethnische Spannungen sorgen. Und wie immer sind es Moslems, denen wir nach dem Mund reden.

Auch zwei Jahre nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kleinstaats sorgt die Nato-Truppe KFOR deshalb noch mit etwa 10.000 Soldaten für Stabilität in der ehemaligen serbischen Provinz. Deutschland ist mit 1.400 Soldaten größter Truppensteller. Ein Ende des Einsatzes ist nicht absehbar.

Die Bevölkerung des Kosovo besteht zu 90 Prozent aus Albanern. Die serbische Region im Norden des Landes um die ethnisch geteilte Stadt Mitrovica entzieht sich jedoch der Kontrolle der kosovarischen Regierung und wird finanziell von Belgrad unterstützt.

Als wenn man mit dem Kosovo Verträge abschließen könnte! Wer sollte denn für deren Einhaltung sorgen? Die UNO?

(Spürnase: Green)